

DIETMAR WITTICH

Wo, bitte schön, geht es zu Hartz IV?

DIE GEGENREFORMEN IN DEUTSCHLAND IM SPIEGEL DER ÖFFENTLICHEN MEINUNG

Die gesellschaftliche Realität ist nicht ironisch. Und doch gemahnt es an Ironie, dass ausgerechnet der Mann, mit dessen Namen das bisher umfangreichste Paket an Gegenreformen, des flächendeckenden Umbaus der sozialen Sicherungssysteme und der forcierten Umverteilung von unten nach oben verbunden sind – die Rede ist von Peter Hartz – im Zusammenhang mit Vorteilsnahme und Korruption als Spitzenmanager im VW-Konzern seinen Hut nehmen musste. Den Armen und Benachteiligten wird genommen, die Gutbetuchten nehmen sich oder erhalten Vorteile, ob mit legalen oder illegalen Mitteln.

Die Stimmung ist schon lange schlecht im Lande, Hartz IV hat sie nicht verbessert. Dieser Text verfolgt das Anliegen, anhand von Befunden der Meinungsforschung die Wahrnehmung und Bewertung der sozialen Situation im Lande und der Veränderungen, die mit Beginn des Jahres rechtskräftig geworden sind, zu rekonstruieren. Dabei wird dargestellt, dass sich bei Einführung von Hartz IV eine Mehrheit in der Bevölkerung schlecht informiert fühlt. Die wirtschaftliche Entwicklung wird skeptisch bis pessimistisch bewertet, das Positivste ist noch, dass mit anhaltender Stagnation gerechnet wird. Eine Mehrheit erwartet, dass die Arbeitslosigkeit weiter anwachsen und dass daran Hartz IV auch nichts ändern wird. Insgesamt gibt es für diese Gegenreformen in der Bevölkerung keine mehrheitliche Akzeptanz. Am liebsten würden Mehrheiten es sehen, wenn die gravierendsten Einschnitte wieder rückgängig gemacht würden.

Das Meinungsbild, das hier dargestellt wird, gehört zum Hintergrund, vor dem sich gegenwärtig in Deutschland Veränderungen in den politischen

Kräfteverhältnissen abzeichnen. Anders als in vergleichbaren Situationen mit hohen Unzufriedenheitspotenzialen zeichnet sich heute die Möglichkeit ab, dass nicht nur und nicht vor allem die jeweils andere Fraktion der herrschenden politischen Eliten – in dem Fall also die Konservativen und Liberalen – vom Imageverlust der Regierenden profitieren. Diesmal gibt es die Chance, dass die Linken erheblich gestärkt werden und ihre kritischen Positionen und alternativen Konzepte vernehmlicher in den öffentlichen Diskurs einbringen können.

Die Analyse basiert auf Befragungsergebnissen, die vom Meinungsforschungsinstitut EMNID im Laufe des ersten Halbjahres 2005 erhoben wurden, sie sind jeweils für die erwachsene Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland repräsentativ. Die Daten wurden zur Nachnutzung erworben. Sie wurden mit SPSS berechnet und statistisch geprüft.

Berlin, August 2005

Informationsdefizite

Dass man außer Staatsbürger, Familienvater, Taxifahrer oder Friseurin, Mitglied in einem Gesangsverein auch noch Angehöriger oder Angehörige einer »Bedarfsgemeinschaft« ist, das war vor Beginn diesen Jahres den allermeisten Menschen nicht bewusst. Im alltäglichen Sprachgebrauch kam das Wort nicht vor, es war ein Begriff für Spezialisten des Sozialrechts. Das ist beileibe kein belangloser, aber doch nur ein kleiner Teil der Veränderungen, die seit Jahresanfang geltendes Recht in Deutschland sind. Hartz IV ist die kryptische Bezeichnung für den wohl folgenreichsten Umbau der sozialen Sicherungssysteme in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland.

Nach langwierigen parlamentarischen Prozeduren ist das »Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt« über ein Jahr vor Inkrafttreten im Bundestag verabschiedet worden. Zeit genug, sollte man meinen, die Öffentlichkeit und vor allem die Betroffenen darüber zu informieren, was es im Einzelnen bedeutet und mit sich bringt. Zwar wurde die herrschende Fraktion der politischen Elite nicht müde, sich selbst ob ihrer Reformfreudigkeit öffentlich zu feiern. Ihren politischen Gegnern von rechts ging es darum, ob das alles schon radikal genug sei. In den Medien wurde vor allem über wirkliche oder vermeintliche Pannen bei der Realisierung diskutiert.

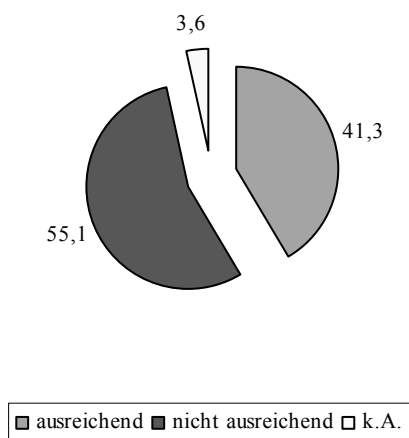
Zeitgleich mit der Einführung der neuen Regelungen wurde danach gefragt, wie gut sich die Deutschen darüber informiert fühlen, was da gerade über sie kam.

Reichlich 40 Prozent gaben an, dass sie sich ausreichend informiert fühlten, eine Mehrheit von 55 Prozent hielten sich nicht für ausreichend informiert, weitere vier Prozent haben die Frage nicht beantwortet. Dieses Meinungsbild zeugt von verbreiteter Unklarheit und Unsicherheit im Lande. Was da mit dem Etikett »Hartz IV« versehen wurde, ist etwas völlig anderes als »moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt«, wie das Gesetz beschönigend getitelt wurde. Weitgehend unbekannt ist, dass das Arbeitslosengeld II (mit dem wiederum beschönigenden Kürzel ALG II) gar kein Arbeitslosengeld ist, denn es ist keine Lohnersatzleistung, sondern eine Sozialleistung. Welche Wirkungen die

Diagramm 1

Wie fühlen Sie sich über die Sozialreformen Hartz IV der Bundesregierung informiert?

Prozent



gesetzlich verankerte Pflicht mit sich bringt, jede auch noch so niedrig vergüteten Arbeit annehmen zu müssen, deren Entgelt dann noch größtenteils auf die Leistung angerechnet wird, ist völlig offen. Auf jeden Fall ist damit der Qualifikationsschutz aufgehoben. Mit der Bedarfsgemeinschaft, in der gegebenenfalls jeder, der dazu gerechnet wird, seine Einkommens- und Vermögensverhältnisse aufdecken muss, wird für einen großen Teil der Bevölkerung der Schutz der Privatsphäre faktisch aufgehoben.¹ Mit der Reduzierung der Anspruchsfrist für Arbeitslosengeld auf längstens 12 Monate ist zudem der Punkt viel schneller erreicht, an dem ALG II beantragt werden muss.

Das alles ist im Vorfeld des Inkrafttretens der neuen Regelungen kaum öffentlich kommuniziert worden. Zusammen mit dem ohnehin verbreiteten Erfahrung, dass einerseits immer höhere Steuern und Abgaben zu leisten sind, und andererseits im sozialen Bereich immer mehr gekürzt und gestrichen wird, erzeugt das ein wahrgenommenes Informationsdefizit, mit dem aber ein Gefühl von Machtlosigkeit und Fremdbestimmung mischt.

In der Bewertung der Informationslage sind die Unterschiede zwischen West und Ost gering.

Tabelle 1.1

Wie fühlen Sie sich über die Sozialreformen Hartz IV der Bundesregierung informiert?

Prozent spaltenweise

	West	Ost
ausreichend	40,4	45,1
nicht ausreichend	56,9	48,0
k.A.	2,8	6,9

Im Westen fühlen sich 40 Prozent ausreichend informiert, im Osten sind das mit 45 Prozent etwas mehr. Nicht ausreichend informiert sieht sich im Westen eine Mehrheit von 57 Prozent, im Osten sind das nur 48 Prozent, dazu kommen jedoch 7 Prozent, die diese Frage nicht beantwortet haben.

Es gibt jedoch beachtenswerte Differenzierungen nach sozialen Merkmalen.

¹ Siehe Martin Bongards: Hartz IV – Tagelohn und Arbeitsdienst. rls standpunkte 13/2004.

Tabelle 1.2

Wie fühlen Sie sich über die Sozialreformen Hartz IV der Bundesregierung informiert?

nach Geschlecht, Alter und Bildung

Prozent zeilenweise

	ausreichend	nicht ausreichend	k.A.
Geschlecht			
Frauen	38,1	57,3	4,6
Männer	45,0	52,5	2,5
Altersgruppen			
unter 25	27,4	72,6	
25 - 39	34,8	63,5	1,7
40 - 54	52,6	43,7	3,7
55 - 69	39,6	52,3	8,1
über 70	49,3	47,8	3,0
Bildung			
VS ohne Lehre	27,8	66,7	5,6
VS mit Lehre	36,4	57,9	5,6
Mittlere Reife	45,7	51,2	3,0
Abitur	56,3	43,8	
Studium	56,7	43,3	
Schüler	28,6	71,4	

Frauen fühlen sich insgesamt deutlich schlechter informiert als Männer. Nur 38 Prozent der Frauen sehen sich als ausreichend informiert an, bei den Männern sind das 45 Prozent; nicht ausreichend informiert empfinden sich 57 Prozent der Frauen und 53 Prozent der Männer. Vor allem in der jüngsten und der jüngeren Altersgruppe sind die Anteile derer besonders hoch (73 bzw. 64 Prozent), die ein Informationsdefizit bemängeln. Auch mit dem Bildungsniveau gibt es einen systematischen Zusammenhang: je niedriger der Bildungsabschluss desto größer ist der Anteil derer, die sich schlecht informiert fühlen.

Angesichts der tiefgreifenden und umfassenden Veränderungen, die Hartz IV für die sozialen Sicherungssysteme in der Bundesrepublik bewirkt, ist die Tatsache, dass dazu mehrheitlich in der Bevölkerung ein Informationsdefizit artikuliert wird, symptomatisch für Grundstimmungen in der öffentlichen Meinung in der ersten Hälfte des Jahres 2005. Die dafür als verantwortlich angesehen werden, gerieten bis zur Jahresmitte immer stärker in die Kritik und damit unter politischen Druck.

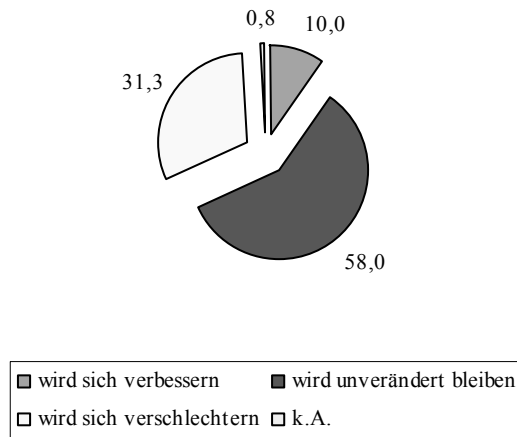
Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitslosigkeit – Optimisten sind rar

Es gehört zu den Erfolgen der neokonservativen geistigen Offensive der letzten Jahre, im öffentlichen Bewusstsein das Klischee eines mechanischen Wirtschaftsdeterminismus verbreitet und befestigt zu haben: Nur wenn es der Wirtschaft gut geht, kann es in der Gesellschaft positive Entwicklungen geben. Das ist zwar ein klassischer Fall von falschem Bewusstsein, aber das ist außerordentlich handlungsrelevant und damit für die Bewertung politischer Akteure und die Gestaltung der politischen Kräfteverhältnisse von großer Bedeutung.

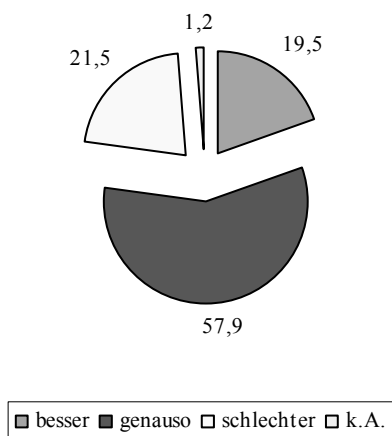
Diagramm 2.1

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland Prozent

in den nächsten Monaten



im Jahr 2005



Dass es in den nächsten Monaten zu einer positiven Wirtschaftsentwicklung in Deutschland kommt, das meint nur eine kleine Minderheit von 10 Prozent. Eine klare Mehrheit von knapp 60 Prozent erwartet, dass es so weiter geht wie bisher, und reichlich 30 Prozent glauben, dass sich die wirtschaftliche Lage im Lande in den nächsten Monaten verschlechtern wird. Bezogen auf das ganze Jahr sind die Erwartungen eine Spur optimistischer. Knapp 20 Prozent sind es bei dieser Perspektive, die an eine Verbesserung glauben. Auf der anderen Seite rechnet ebenfalls etwa ein Fünftel mit einer Verschlechterung. Es sind wiederum knapp 60 Prozent, die meinen, es werde sich nichts verändert. Damit ist die mehrheitliche Grundstimmung als Wahrnehmung und Erwartung von Stagnation zu charakterisieren. Dabei ist die Stimmung im Osten noch deutlich pessimistischer als im Westen.

Tabelle 2.1

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland in den nächsten Monaten

Prozent spaltenweise

	West	Ost
verbessern	11,3	4,9
gleich bleiben	58,5	55,9
verschlechtern	29,5	38,2
k.A.	0,8	1,0

Im Westen erwarten auch nur 11 Prozent eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation, im Osten sind das aber nur 5 Prozent. Im Westen rechnen 59 Prozent mit Stagnation und 30 Prozent mit einer weiteren Verschlechterung. Im Osten sehen 56 Prozent Stagnation und sogar 38 Prozent eine weitere Verschlechterung voraus.

Diese Differenz zeigt sich auch bei den Erwartungen bezogen auf das ganze Jahr

Tabelle 2.2

Wie wird es der Wirtschaft in Deutschland im Jahr 2005 gehen?

Prozent spaltenweise

	West	Ost
besser	20,9	13,7
genauso	58,9	53,9
schlechter	19,7	28,4
k.A.	0,5	3,9

Auch bei dieser Perspektive gibt es im Osten deutlich weniger Optimisten und mehr Pessimisten als im Westen. Die mehrheitliche Erwartung ist hier wie dort die Stagnation.

Erhebliche Differenzierungen gibt es zwischen den Umfeldern der einzelnen politischen Parteien. Zwar gibt es bei keiner Partei eine Mehrheit von Optimisten, aber es zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Anhängern der Regierungsparteien und denen der Oppositionsparteien. Bei der SPD gibt es mit 34 Prozent die relativ meisten mit einer optimistischen Sicht, immerhin auch 18 Prozent rechnen auf der anderen Seite mit einer Verschlechterung, 44 Prozent erwarten, dass es so bleibt wie es ist, das ist eine relative Mehrheit, aber sie ist deutlich kleiner als bei anderen Parteien. Im Umfeld der Grünen erwartet ein knappes Viertel eine Verbesserung, drei Viertel sehen Stagnation voraus. Die wenigsten Optimisten gibt es im Umfeld

Tabelle 2.3

Wie wird es der Wirtschaft in Deutschland im Jahr 2005 gehen?

Nach Wahlabsicht
 Prozent zeilenweise

	besser	genauso	schlechter	k.A.
SPD	34,1	44,4	18,3	3,2
CDU	12,7	69,0	18,3	
B90/G	23,7	76,3		
FDP	19,2	73,1	7,7	
PDS	18,8	31,3	50,0	
sonstige	85,7	14,3		
weiß nicht	12,3	58,0	29,6	
keine	12,5	57,1	28,6	1,8

von CDU/CSU, hier erwarten nur 13 Prozent eine Verbesserung, 69 Prozent Stagnation und 18 Prozent eine Verschlechterung. Bei der FDP gibt ein wenig mehr Optimisten, auch hier erwarten drei Viertel Stagnation. Das negativste Meinungsbild gibt es bei der PDS. Zwar gibt es hier einerseits 19 Prozent mit optimistischer Perspektive, nur 31 Prozent sehen Stagnation vorher, andererseits hat die Mehrheit von 50 Prozent eine pessimistische Sicht.

Bei den Unentschlossenen und den Nichtwählern gibt es signifikant weniger Optimisten, auf der anderen Seite mit jeweils knapp 30 Prozent relativ viele, die eine Ver-

schlechterung der wirtschaftlichen Situation vorher sehen.

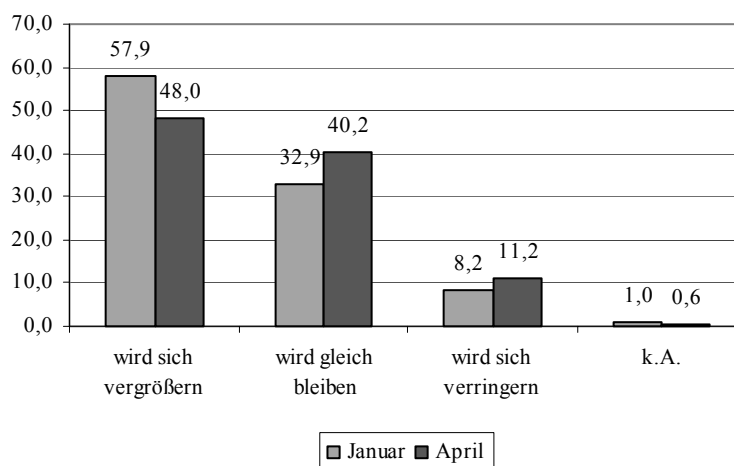
Noch negativer sind die Erwartungen bezüglich der Entwicklung der Arbeitslosigkeit.

Im Januar war es mit 58 Prozent noch eine absolute Mehrheit, die mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit rechneten, 33 Prozent meinten, sie würde gleich bleiben, nur 8 Prozent sahen weniger Arbeitslose voraus. Das hat sich bis zum April etwas verschoben. Nun erwartete mit 48 Prozent eine relative Mehrheit einen weiteren Anstieg, 40 Prozent rechneten mit gleich bleibenden Zahlen und 11 Prozent mit einem Rückgang.

Diagramm 2.2

Wie wird sich die Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten entwickeln?

Prozent



Dabei sind es im Westen wie im Osten jeweils Mehrheiten, die mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit rechnen. Im Januar waren im Osten drei Viertel dieser Meinung, das hat sich zum April deutlich verringert, da waren es noch 55 Prozent, und der Anteil derer, die stagnierende Arbeitslosenzahlen vorhersehen hat sich in

dieser Zeit von 17 auf 39 Prozent vergrößert.

Differenzierungen in diesen Meinungsbildern gibt es vor allem zwischen den Generationen und zwischen den Anhängerschaften der Parteien.

Tabelle 2.4

Wie wird sich die Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten entwickeln?

Prozent spaltenweise

	Januar		April	
	West	Ost	West	Ost
vergrößern	53,7	74,5	46,1	55,4
gleich bleiben	37,0	16,7	40,6	38,6
verringern	8,1	8,8	12,5	5,9
k.A.	1,3		0,8	

Die Erwartung, das die Arbeitslosenzahlen weiter steigen, gibt es besonders häufig in den jungen bis mittleren Altersgruppen. Mit zunehmenden Alter wächst der Anteil derer, die mit gleich bleibenden Arbeitslosenzahlen rechnen.

Auch im Umfeld der SPD erwartet eine relative Mehrheit von 46 Prozent einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit. Noch etwas weniger oft wird diese Erwartung

im Umfeld der FDP geteilt. In den Umfeldern der anderen Parteien wird die Entwicklung der Arbeitslosigkeit noch deutlich pessimistischer gesehen, am pessimistischsten bei der PDS (81 Prozent) und bei den Nichtwählern (71 Prozent).

Diesem Meinungsbild entsprechend wird die Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung bewertet.

Tabelle 2.5

Wie wird sich die Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten entwickeln? – Januar 2005

Nach Altersgruppen und Wahlabsicht

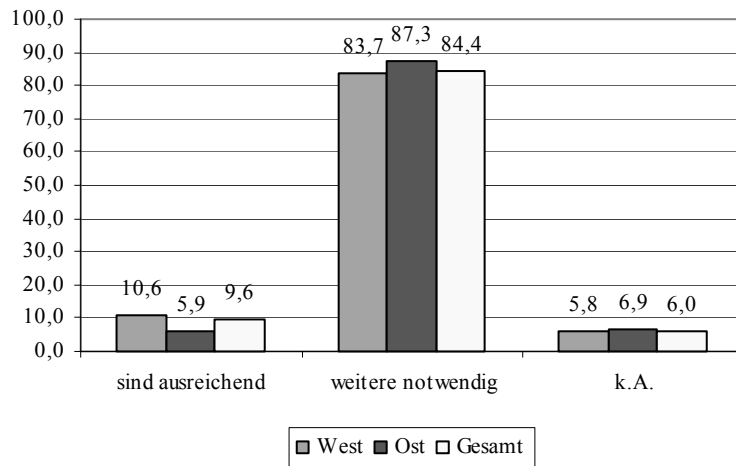
Prozent zeilenweise

	vergrößern	gleich bleiben	verringern	k.A.
Altersgruppen				
unter 25	65,7	23,9	10,4	
25 - 39	56,2	32,2	11,6	
40 - 54	65,4	29,4	5,1	
55 - 69	57,3	38,8	3,9	
über 70	41,1	41,1	11,0	6,8
Wahlabsicht				
SPD	46,0	41,6	12,4	
CDU	57,5	35,4	7,1	
B90/G	65,9	24,4	9,8	
FDP	43,5	43,5	13,0	
PDS	81,3	18,8		
sonstige	66,7		33,3	
weiß nicht	59,2	27,6	10,5	2,6
keine	70,5	24,4		5,1

Diagramm 2.3

Sind die bisherigen Arbeitsmarktreformen der Bundesregierung ausreichend?

Prozent



Nur 10 Prozent sind der Meinung, dass die bisherigen Arbeitsmarktreformen ausreichend sind, im Westen 11 Prozent, im Osten gar nur 6 Prozent. Eine ganz klare Mehrheit von 84 Prozent halten weitere (andere?) Reformen für notwendig, im Osten sind sogar 87 Prozent dieser Auffassung. (Tabelle 3.1)

Tabelle 3.1

Sind die bisherigen Arbeitsmarktreformen der Bundesregierung ausreichend?

Nach Geschlecht und Altersgruppen

Prozent zeilenweise

	sind ausreichend	weitere notwendig	k.A.
Geschlecht			
Frauen	8,8	85,8	5,4
Männer	10,5	83,3	6,3
Altersgruppen			
unter 25	10,3	86,8	2,9
25 - 39	11,6	83,5	5,0
40 - 54	4,4	89,7	5,9
55 - 69	12,6	81,6	5,8
über 70	11,0	78,1	11,0

Frauen sehen die Situation noch schärfer als Männer, sie halten zu 86 Prozent weitere Reformen der Arbeitsmarktpolitik für notwendig, Männer zu 83 Prozent. Bei der Analyse nach Altersgruppen gibt es einen interessanten Befund. Die kritischsten Positionen gibt es wiederum in der mittleren Altersgruppe, in der nur 4 Prozent die Reformen für ausreichend halten und 90 Prozent weitere Reformen fordern. Darin schlagen sich die Erwartungen bezüglich der eigenen Situation nieder, diese Generation um die 50 herum hat am meisten Grund, den Verlust von Arbeitsplätzen zu fürchten.

Wie wird Hartz IV bewertet?

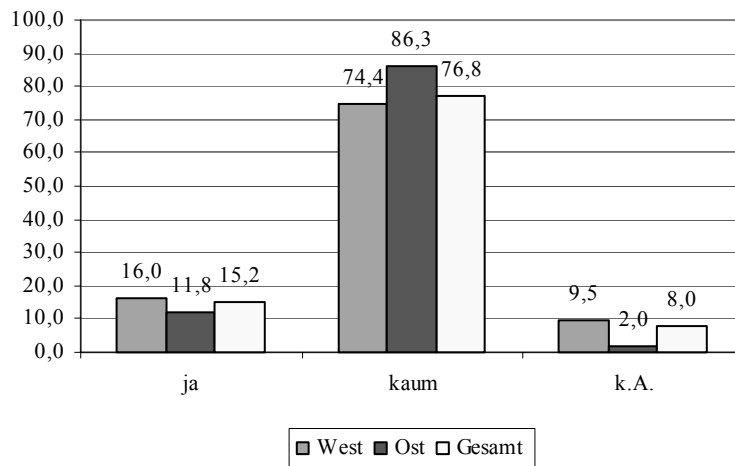
Die bisherigen Reformen sind nicht ausreichend, und das, was es bisher an Reformen gibt, wird als falsch bewertet.

Zur Frage, ob Arbeitsmarktreform Hartz IV langfristig zu einer deutlichen Verringerung der Arbeitslosigkeit führen wird, gibt es ein deutlich ablehnendes Meinungsbild.

Diagramm 3.1

Wird die Arbeitsmarktreform »Hartz IV« langfristig zu einer deutlichen Verringerung der Arbeitslosigkeit in Deutschland führen?

Prozent



Es sind nur 15 Prozent, die von Hartz IV positive Effekte erwarten und an eine Verringerung der Arbeitslosigkeit glauben, die klare Mehrheit von 77 Prozent erwartet solche positiven Effekte nicht. Im Osten wird das noch etwas kritischer gesehen, hier sind es nur 12 Prozent, die an die versprochenen Verbesserungen glauben, und 86 Prozent, die das bezweifeln.

Differenzierungen gibt es nach Geschlecht und Alter.

Tabelle 3.2

Wird die Arbeitsmarktreform »Hartz IV« langfristig zu einer deutlichen Verringerung der Arbeitslosigkeit in Deutschland führen?

Nach Geschlecht und Altersgruppen

Prozent zeilenweise

	ja	kaum	k.A.
Geschlecht			
Frauen	11,9	80,1	8,0
Männer	18,4	73,6	7,9
Altersgruppen			
unter 25	22,1	67,6	10,3
25 - 39	15,0	80,8	4,2
40 - 54	12,4	86,9	0,7
55 - 69	17,5	77,7	4,9
über 70	11,1	59,7	29,2

Es sind wiederum die Frauen, die das Reformpaket Hartz IV kritischer sehen, nur 12 Prozent von ihnen meinen, dass Hartz IV greifen wird (Männer 18 Prozent), 80 Prozent bezweifeln, dass es zu einer Verringerung von Arbeitslosigkeit führen wird. Nach Alter ist es wiederum die mittlere Generation, die das kritischste Urteil äußert, von ihnen sind nur 12 Prozent der Meinung, dass Hartz IV zu einer Verringerung von Arbeitslosigkeit führen wird, 87 Prozent bezweifeln das. Diese Altersgruppe ist also nicht nur am pessimistischsten hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Arbeitslosigkeit,

sie bezweifelt auch am allermeisten, dass Hartz IV daran etwas zum Positiven ändern kann.

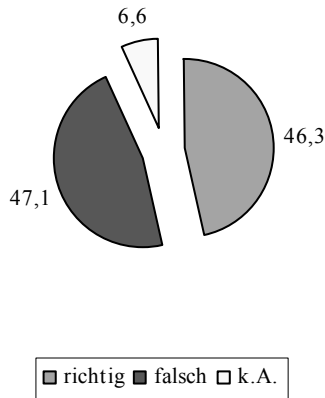
Und doch sind in der Bevölkerung die Meinungen zu Hartz IV geteilt.

Es ist jeweils knapp die Hälfte, die die Sozialreformen Hartz IV als richtig ansehen (46 Prozent) oder im Gegenteil als falsch bewerten (47 Prozent). Weitere 7 Prozent haben die Frage nicht beantwortet. Man kann somit insgesamt mindestens sagen, dass es in Deutschland keine überwiegende Akzeptanz zu Hartz IV gibt.

Diagramm 3.2

Halten Sie die Sozialreformen "Hartz IV" der Bundesregierung insgesamt eher für richtig oder eher für falsch?

Prozent



Differenzierungen gibt es vor allem wiederum zwischen Männern und Frauen und nach politischen Orientierungen. Wiederum sind es die Frauen, die die kritischere Sicht haben, nur 38 Prozent von ihnen halten Hartz IV für

Tabelle 3.3

Halten Sie die Sozialreformen »Hartz IV« der Bundesregierung insgesamt eher für richtig oder eher für falsch?

Nach Geschlecht und Wahlabsicht
Prozent zeilenweise

	richtig	falsch	k.A.
Geschlecht			
Frauen	37,7	54,9	7,4
Männer	55,3	38,5	6,1
Wahlabsicht			
SPD	58,3	36,5	5,2
CDU	47,9	45,4	6,7
B90/G	69,7	27,3	3,0
FDP	50,0	36,4	13,6
PDS	5,9	94,1	
sonstige	66,7	16,7	16,7
weiß nicht	42,2	48,2	9,6
keine	30,5	65,9	3,7

Tabelle 3.4

Sind Sie für oder gegen eine Korrektur von »Hartz IV«, so dass ältere Arbeitnehmer mit vielen Arbeitsjahren im Falle von Arbeitslosigkeit eine längere Anspruchsfrist auf Arbeitslosengeld haben, also zwischen 18 und 32 Monaten statt maximal 18 Monate?

Prozent spaltenweise

	West	Ost	Gesamt
dafür	91,5	90,2	91,2
dagegen	8,0	8,8	8,2
k.A.	0,5	1,0	0,6

richtig, 55 Prozent bewerten es als falsch. Bei den Männern sind die Mehrheitsverhältnisse umgekehrt, 55 Prozent halten Hartz IV für richtig und 39 Prozent für falsch. In den Umfeldern von SPD und Grünen, deren Koalition die Gegenreformen zu verantworten hat, gibt es jeweils leichte Mehrheiten, die Hartz IV für richtig halten, aber auch da gibt es starke Gruppen, die das als falsch bewerten. Etwa ausgeglichene Meinungsbilder gibt es in den Umfeldern von CDU/CSU und FDP. Eine ganz klare Ablehnung kommt von den Anhängern der PDS, 94 Prozent teilen sie und nur 5 Prozent halten Hartz IV für richtig. Bemerkenswert sind auch die Meinungen bei den Nichtwählern, in dieser Gruppe lehnen zwei Drittel Hartz IV ab und nur ein Drittel stimmt zu.

Wie die Meinungen in der deutschen Öffentlichkeit zu den Gegenreformen auf sozialem Gebiet sind, die die Regierungskoalition in den letzten Jahren durchgesetzt hat, lässt sich exemplarisch an der Bewertung der Verringerung der Anspruchsfristen für ältere Arbeitslose demonstrieren: Es sind klare Mehrheiten von über 90 Prozent in Ost und West, die dafür sind, die Anspruchsfristen auf Arbeitslosengeld für ältere Lohnarbeiter wieder zu verlängern und die mit Hartz IV durchgesetzte Verkürzung damit wieder zurück zu nehmen.

In diesem Jahr bereits erschienene »rls-Standpunkte«

Standpunkte 1

Dieter Eissel

Eine große rot-grüne Gerechtigkeitslücke

Standpunkte 2

Tim Engartner

Falsch gestellte Weichen. Die Reform der Deutschen Bahn führt aufs Abstellgleis

Standpunkte 3

Roland Bach

»Volksfront« von rechts?

Standpunkte 4

Rosa Luxemburg

Kirche und Sozialismus. Originaltitel: »Kosciol a socjalizm« (Krakau 1905)

Standpunkte 5

Jürgen Hofmann

60. Jahrestag der Befreiung: Erinnerung contra Selbstentschuldung

Standpunkte 6

Rainer Rilling/ Christoph Spehr

Die Wahl 2006, die Linke und der jähe Bedarf an Gespenstern...

Standpunkte 7

Evelin Wittich

Die erste Kanzlerkandidatin. Befunde und Thesen zum Thema Frauen und Politik

Standpunkte 8

Rainer Rilling/Christoph Spehr

Guten Morgen, Gespenst! Annäherungen an das jähe Erscheinen eines Parteiprojekts

Standpunkte 9

Jochen Weichold

Der Verlust der Hoffnungsperspektiven.

Politik-Konzepte der Grünen mit dem Blick auf die Bundestagswahl

Standpunkte 10

Ricardo Jiménez

Das Programm »Bürger für transparente Kommunen« in Mexiko.

Zum Recht auf Informationszugang und Transparenz (Übersetzung aus dem Spanischen)

Standpunkte 11

Rolf Reissig/Michael Brie

Restriktionen und Optionen linkssozialistischer Politik in Regierungsverantwortung. Das Beispiel Berlin

Standpunkte 12

Jochen Weichold/Horst Dietzel

Bundestagswahl 2005: Wahlprogramme der Parteien im Vergleich

Standpunkte 13

Helmut Scholz

Die Partei der Europäischen Linken. Einige Aspekte ihrer Entwicklung

Alle »rls-Standpunkte« können unter www.rosalux.de heruntergeladen werden.